

Interview mit Dr. Werner Rügemer zum Thema „Die Ursachen der Finanzkrise - oder warum wir die Staatsschulden nicht zurückzahlen sollten“

Dieses Interview wird von der Gulli Redaktion unter einer freien Creative Commons Lizenz veröffentlicht. Es darf von Privatpersonen und Firmen veröffentlicht werden, ohne den Urheber (Gulli Redaktion) um Genehmigung zu bitten. Es darf gekürzt veröffentlicht werden, sofern der Sinn nicht verfälscht wird. Es darf kommerziell verwertet werden, sofern die Gulli Redaktion darüber informiert wird. Download des Interviews als PDF bitte hier klicken. Um Information nach Veröffentlichung wird freundlich gebeten.

Kontakt: ghandy@gulli.com

Interview:

Ihr voller Name: Dr. Werner Rügemer

Ausbildung / Studium / Profession: Volksschule und Gymnasium in der Rhön, Studium der Literaturwissenschaft, Pädagogik und Philosophie in München, Tübingen, Berlin und Paris; Philosophie-Promotion an der Universität Bremen zum Thema „Philosophische Anthropologie und Epochenkrise“; Publizist und Berater. Lehrauftrag am Lehrstuhl für Politikwissenschaft in der Humanwissenschaftlichen Fakultät (Lehrerausbildung) an der [Uni Köln](#). Schwerpunkte sind Privatisierung, Public Private Partnership, Kölner Klüngel, Nation Building.

Karriere-Meilensteine: 1969 bis 1973 Geschäftsführer der deutschen Sektion der Freiwilligenorganisation Service Civil International; 1974 bis 1989 Redakteur der Zeitschrift „Demokratische Erziehung“, seitdem selbständiger Publizist, Berater, Lehrbeauftragter und Stadtführer.

Alter: 67

Ihre Website? <http://www.werner-ruegemer.de/>

Interviewer: Herr Dr. Rügemer, vielen Dank für das nette Treffen vor einiger Zeit im [Literaturkaffee Goldmund](#) in Köln. Wir haben mehr als 3 Stunden bei Vollmilch, Latte Macchiato und Mineralwasser dieses Interview vorbereitet. Im Interview möchten wir unseren Lesern die Ursachen für die Entstehung der gegenwärtigen Finanzkrise offenlegen. Offensichtlich werden wichtige Punkte in den Massenmedien nicht erwähnt, zensiert, beschönigt... Dazu bedarf es vorab noch eines Crashkurs' in Sachen Zentralbank- und Mindestreserve-System, da man ohne dieses Grundwissen nach dem Interview wohl genauso klug wäre wie zuvor. Man könnte hierzu wohl entweder den Film „[Money as Debt](#)“ oder die erste Hälfte des etwas aufwändiger produzierten Films „[Zeitgeist 2 – Addendum](#)“ empfehlen. Natürlich könnte man auch als Buch „[Mankiw – Volkswirtschaftslehre](#)“ lesen. Würden Sie als Lehrbeauftragter der Uni Köln diese Empfehlungen befürworten?



Abbildung: Dr. Werner Rügemer im Literaturkaffee Goldmund in Köln, Juli 2009

Dr. Werner Rügemer: Die genannten Filme und das Buch kenne ich nicht. Ich kann aber den [Dokumentarfilm „Let's make money“](#) empfehlen, an dem ich mitgewirkt habe, ebenso den Film „The Company“. Zwei Bücher gehören an der Universität gegenwärtig zu meinen Empfehlungen: [David Harvey, A Brief History of Neoliberalism](#) und [Naomi Klein, Die Schock-Strategie](#). In meinen Büchern über Privatisierung, Public Private Partnership, Cross Border Leasing und über die Berater habe ich Mechanismen und Akteure im einzelnen beschrieben.

Interviewer: Beschreiben Sie bitte, was die Finanzkrise ist und was sie für den Bürger bedeutet?

Dr. Werner Rügemer: Die Finanzkrise besteht darin, dass das theoretisch endlose Schnellballsystem, das die Finanzakteure untereinander aufgebaut haben, in den zentralen kapitalistischen Staaten an mehreren Stellen fast gleichzeitig zusammengebrochen ist. Die Finanzakteure geben sich gegenseitig keine Kredite mehr, kaufen sich gegenseitig keine Finanzprodukte mehr ab und fordern jetzt die Staaten auf, so viele Verbindlichkeiten zu übernehmen, dass das System wieder anläuft. Weil die „Realwirtschaft“ im neoliberalen Renditewettbewerb extrem kreditabhängig geworden ist, bricht auch sie bei der geringsten Konjunkturschwankung ein. Für die Bürger heißt das, wenn es mit den staatlichen Rettungsmaßnahmen so weitergeht: noch mehr Staatsverschuldung, noch mehr Kahlschläge im sozialen Bereich, bei Bildung und Infrastruktur, Erhöhung direkter und indirekter Steuern und Gebühren, Einkommensabsenkungen und vor allem Arbeitslosigkeit.

Interviewer: In diesem Interview möchten wir zuerst beschreiben, durch welche Umstände es zur Finanzkrise gekommen ist. Wie Sie sagten, sei die grundlegende Voraussetzung ein wie in den beiden Filmen beschriebenes [FIAT – Geldsystem](#) in Verbindung mit einem nicht kontrollierbaren [Mindestreservesystem](#). Wie können die [Bubbles](#) entstehen?

Dr. Werner Rügemer: Die Finanzkrise wurde durch die staatlich unkontrollierte Geldschöpfung der Finanzakteure verursacht. Ich sage bewusst „Finanzakteure“, weil es nicht nur um Banken geht; zu

den Finanzakteuren gehören auch Hedgefonds, Private Equity-Fonds, Finanztöchter von Konzernen und ähnliche. Und es geht nicht nur um privatwirtschaftliche Banken, sondern auch um staatliche, in Deutschland vor allem um die Landesbanken und um die Bank des Bundes, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sie haben das privatwirtschaftliche Vorbild nachgeahmt und zum Teil sogar zu übertreffen versucht.

Ihre Aktivitäten, insbesondere während des letzten Jahrzehnts, bestanden nicht vor allem darin, an Unternehmen, Staaten, Kommunen, Häuslebauer und Kühlschranksäufer Kredite zu vergeben. Ihre bei weitem umfangreichsten Aktivitäten bestanden darin, vergebene Kredite zu einem Finanzprodukt zu machen, sich gegenseitig Kredite zu geben und sich gegenseitig Kredite zu verkaufen, gegenseitige Wetten abzuschließen, und dies in einem offenen Schneeballsystem. Hinzukam das Investmentbanking, also Fusionen und Übernahmen von Unternehmen durch Kredite zu finanzieren und gleichzeitig damit noch hohe Gebühren zu kassieren.

“Die relative Regulierung des Finanzsystems wurde abgeschafft“

Die relative Regulierung des Finanzsystems, die nach der ersten Weltwirtschaftskrise 1928-1932 aufgebaut wurde, wurde seit Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts schrittweise abgeschafft, „dereguliert“. Die Führung lag bei den beiden Finanzzentren Wall Street und City of London, bei der englischen und der US-Regierung und natürlich bei den US-Banken, den US-Wirtschaftsprüfern und den US-Wirtschaftskanzleien. Alle europäischen Banken und Regierungen haben sich daran orientiert. Außerdem haben die US-Banken, -Wirtschaftsprüfer und -Kanzleien längst Niederlassungen in allen wichtigen Staaten.


Die wesentlichen allgemeinen Prinzipien dieser Deregulierung sind folgende:

1. Die Finanzakteure können durch gegenseitige Geschäfte (bei Banken heißen sie „Interbankengeschäfte“) Geld schöpfen, ohne von Zentralbankgeld abhängig zu sein und ohne von den Zentralbanken oder staatlichen Agenturen kontrolliert zu werden.
2. Diese Transaktionen werden nicht in den Bilanzen aufgeführt, sondern über „außerbilanzielle Zweckgesellschaften“ abgewickelt, die zudem meist in Finanzoasen wie dem US-Bundesstaat Delaware, auf den Cayman Islands usw. ihren juristischen Sitz haben; dadurch entgehen sie sogar den innerbetrieblichen Kontrollorganen wie den Aufsichtsräten, sind aber von den Wirtschaftsprüfern abgesegnet.
3. Diese Transaktionen, als „strukturierte Finanzprodukte“ bezeichnet, wurden durch ein selbstreferentielles System „renommierter“ Spezialisten abgesichert, zu dem die internen Manager der Finanzakteure sowie Ratingagenturen, Versicherungsgesellschaften, Anwälte, Wirtschaftsprüfer gehören; sie bestätigen sich gegenseitig, dass alles in bester Ordnung ist, die Versicherungen kassieren Prämien für eine mehr oder weniger fiktive Versicherung. Deshalb sind die Produktbeschreibungen und Verträge hunderte, manchmal tausende Seiten dick.

Interviewer: Welche Finanzprodukte sind es genau, die das Weltwirtschaftssystem so an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben?

Dr. Werner Rügemer: Die wesentlichen Finanzprodukte sind:

- [Verbriefung](#), also der Weiterverkauf von Krediten. Dies geschah meistens sogar, ohne dass die ursprünglichen Kreditnehmer informiert wurden. Jede langfristige Zahlungsverpflichtung (Mietvertrag, Leasingvertrag, Public Private Partnership-Vertrag, zukünftige Gebühreneinnahmen eines Abfall- oder Wasserunternehmens usw.) kann zu so einem handelbaren Finanzprodukt gemacht werden;
- [Collateralized Debt Obligations](#) (CDO), also die Zusammenfassung verschiedener Bündel von verbrieften Krediten und Weiterverkauf dieser verbrieften Kreditbündel;

- [Asset Backed Securities](#) (ABS), also langfristige Kapitalkreisläufe auf der Basis realer Werte; hierher gehört z.B. das Cross Border Leasing;
- [Derivate](#), also abgeleitete Finanzprodukte, z.B. Wetten auf die Entwicklung von Aktien- und Devisenkursen;
- Finanzgetriebene [Fusionen](#) und Übernahmen;
- [Leerverkäufe von Wertpapieren](#);
- im weiteren Sinne gehören auch verschiedene Formen von Privatisierungen öffentlichen Eigentums und [Public Private Partnership](#) dazu. 

Manchen dieser Finanzpraktiken kann man in der ursprünglichen Form durchaus einen gewissen Sinn bescheinigen. Sie werden aber pervertiert durch das wesentliche Merkmal, dass das Kapital, das für solche Produkte und für solche Transaktionen benötigt wird, im wesentlichen nicht durch Eigenkapital des Käufers, sondern durch Kredite bei anderen Finanzakteuren aufgebracht wird und aus jeder Transaktion ein neues Finanzprodukt gemacht werden kann. Das machen nicht nur [Hedgefonds](#) und [Private Equity](#)-Fonds, sondern alle Finanzakteure.

Interviewer: In welcher Beziehung stehen diese Finanzprodukte zur Staatsverschuldung?

Dr. Werner Rügemer: Die meisten dieser Transaktionen wurden durch die Regierungen von der Besteuerung befreit. Durch die Auszehrung der ökonomischen Substanz werden Arbeitsplätze vernichtet, dadurch entstehen weitere Steuerausfälle. Der wesentliche Beitrag zur Staatsverschuldung besteht aber darin, dass die Lobby der Finanzakteure so stark war und ist, dass die Staaten nun in der Finanzkrise die Verpflichtungen der Finanzakteure übernehmen.

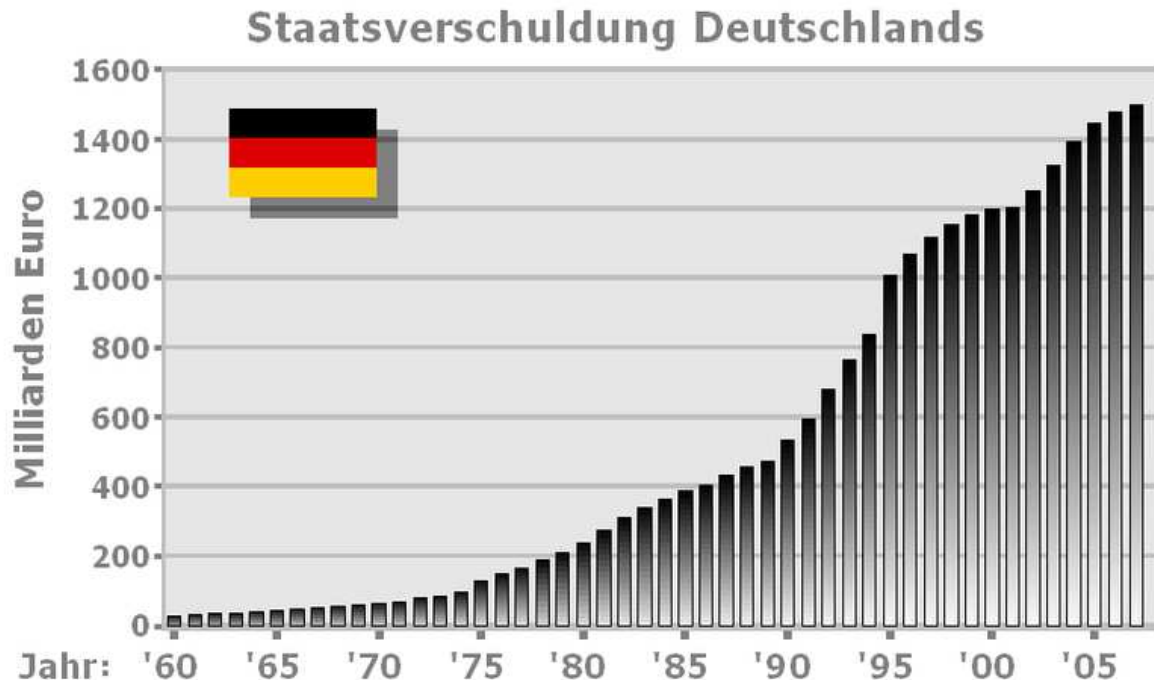


Abbildung: Entwicklung der Staatsverschuldung Deutschlands von 1960 bis 2007 – Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland (Quelle: Wikipedia)

Kommentar zur Abbildung von Dr. Rügemer: Die Tabelle mit der deutschen Staatsverschuldung ist eine typische Wikipedia-Verharmlosung. Die Verschuldung ist wesentlich höher: Die auch in diesem Interview ja genannte 480 Milliarden Bankenrettungsermächtigung ist aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert, kommt aber am Ende der Operation in den Bundeshaushalt. Genauso geht es mit allen

anderen Bankenrettungsmaßnahmen, z.B. den 10 Milliarden für die IKB (war schon vor dem 480-Milliarden-Paket) und mit den Garantien für die „Bad Banks“; wurde von der Europäischen Kommission legalisiert und für die ganze EU erlaubt/vorgeschrieben (damit man kosmetisch die Maastrichter Kriterien einhalten kann). Auch die Bundesländer und Kommunen haben Schattenhaushalte; auch die PPP-Verträge (30-Jahres-Mietverpflichtungen) muss man als versteckte Schulden betrachten.



Interviewer: Wie beurteilen Sie die Staatsverschuldungen der Länder? Können die je getilgt werden oder führen Sie eher zur Erpressbarkeit von Staaten oder dem Kollaps des Systems?

Dr. Werner Rügemer: Alle wichtigen Staaten der „westlichen Wertegemeinschaft“ sind seit langem überschuldet. Es gehört sozusagen perverser Weise zu den Grundwerten des so ach so wertbewussten „Westens“, dass man überschuldet ist. Auf reguläre Weise und nach der bisherigen Praxis können diese Schulden nie mehr zurückgezahlt werden. Die schon bisher bestehende Überschuldung war ja eine der Voraussetzungen, dass die Banken, bei denen die Staaten verschuldet sind und von denen sie immer weitere Kredite haben wollen, so mächtig werden konnten, um die bisherigen Regulierungen außer Kraft setzen zu lassen. Dieses ungleiche Kräfteverhältnis wird durch die Bankenrettung noch ungleicher, die Staaten werden noch erpressbarer bzw. kooperationswilliger. Das ist ein Zustand der Korruption, auch wenn sie strafrechtlich nicht fassbar ist. Dabei wird der politische Wille der Mehrheit gebrochen. Das ist die eigentliche Bedeutung von Korruption. Dabei kommt es wie jetzt aber nicht zu einem „Kollaps des Systems“, jedenfalls nicht des ineinander fließenden Systems Staat-Finanzakteure, sondern zur weiteren Auszehrung der ökonomischen Substanz, der Demokratie, der Lebensqualität und Lebenssicherheit der Bürger. Auch in den so genannten reichen Staaten hungern Millionen Menschen und sterben vorzeitig.

„5 Argumente, sofort die Rückzahlung der Staatsschulden zu stoppen“

Interviewer: In welchem Zusammenhang sehen Sie [Staatsverschuldung](#) und das [FIAT – Geldsystem](#)? Sie geben zu bedenken (*siehe später in diesem Interview; die Redaktion*), dass die Zentralbanken der Länder ja eigentlich Banken unter privater Kontrolle sind. Diesen Banken könnte man unterstellen, sie hätten die Staatsschulden mit Absicht in die Höhe getrieben. Immer mehr Menschen bezeichnen das Geldsystem als Betrug. Die logische Konsequenz wäre, die Zahlung der Staatsschulden an die privaten Banken sofort zu stoppen und das bereits gezahlte Geld zumindest teilweise zurückzufordern. Zudem müsste man die Verursacher und Helfer der Misere vor Gericht stellen. Was halten Sie von diesen provokanten Forderungen?

Dr. Werner Rügemer: Nicht alle Zentralbanken stehen so direkt unter privater Kontrolle wie in den USA. Der Unterschied wird aber gerade durch die gegenwärtige Bankenrettung immer geringer. Ob die Banken die Staatsschulden absichtlich in die Höhe getrieben haben – absichtlich im strafrechtlichen Sinne -, weiß ich nicht, dazu brauchen wir interne Unterlagen aus den Banken, die haben wir noch nicht.

Aber folgendes ist klar:

1. Die Banken haben Kredite an Staaten vergeben und tun dies weiter, ohne einen professionellen Rückzahlungsplan auszuhandeln. Sie vergeben Kredite also leichtfertig, verantwortungslos. Deshalb können sie auch nicht verlangen, dass man ihnen solche Kredite einfach „ganz normal“ zurückzahlt.
2. Bestimmte von den Banken geförderte und finanzierte Praktiken führen zu zusätzlicher Verschuldung, wie ich es anhand von PPP erläutern werde (Anmerkung der Redaktion: siehe später in diesem Interview). Es gilt auch für andere Formen der Privatisierung; es gilt auch, wie schon gesagt, für die gegenwärtige Form der Bankenrettung.

3. Wie wir zudem aus dem Handel mit [CDOs](#) und ähnlichen Finanzprodukten wissen, wussten viele Banker in ihrem hektischen Gewinnstreben oft selbst nicht Bescheid, was für Folgen ihr Tun hat. Sie haben die Schneeballsysteme in Gang gesetzt, ohne die Folgen zu kennen. Auch daraus muss eigentlich abgeleitet werden, dass der Staat nicht die Folgen zu tragen hat.
4. Anwälte haben Finanzprodukte wie das Cross Border Leasing mit hohem juristischem Aufwand betrügerisch in ihrem Wesen verschleiert; Desinformation gehört zum neoliberalen Paradigma.
5. In den langjährigen Kampagnen zum Schuldenerlass für Entwicklungsländer wurde das Kriterium „illegitime Schulden“ entwickelt, etwa wenn üppige Kredite an Diktatoren vergeben wurden, wo klar war, dass diese sich selbst bereichern. Das Kriterium „illegitime Schulden“ ist auch auf die Überschuldung der „entwickelten“ Staaten anzuwenden, mit der Folge, dass solche Schulden nicht oder nur teilweise zurückgezahlt werden.

Das bürgerliche Recht würde ausreichen, dass Banker vor Gericht gestellt werden, wenn Justiz und Politik den Willen dazu hätten. Der Staat könnte auch ein Moratorium beschließen: Ein Jahr lang werden keine Schulden zurückgezahlt, zum Beispiel. Der Staat könnte alle einzelnen PPP-Projekte, Privatisierungen, Kreditvergaben usw. durchgehen und entscheiden: Dies und jenes wird nicht zurückgezahlt.

Interviewer: Zu welchen Konsequenzen könnte das führen?

Dr. Werner Rügemer: Einzelne Städte und Staaten würden anfangen, ihre Schulden mit guter öffentlicher Begründung nicht mehr zurückzuzahlen.

Interviewer: Sie haben eines der wenigen Bücher über „[Cross Border Leasing](#)“ (CBL) geschrieben (z. B. [hier erhältlich](#) ; *die Red*). Dieses Finanzprodukt wird in den Massenmedien lediglich als Möglichkeit für Unternehmen, Steuern zu sparen heruntergespielt. Können Sie allgemeinverständlich erklären, worum es sich handelt?

Dr. Werner Rügemer: Ich glaube, dass ich das einzige Buch über Cross Border Leasing geschrieben habe, in dem dieses Finanzprodukt vollständig und unabhängig von den Finanzakteuren dargestellt wird. Cross Border Leasing ist ein „strukturiertes Finanzprodukt“, das zur Gruppe der Asset Backed Securities gehört. Als ich 1999 unvermutet darauf stieß, habe ich zunächst fast nichts verstanden. Damals gab die Stadtverwaltung Köln bekannt, dass sie einem „Investor“ in den USA für 100 Jahre die kommunale Kanalisation verkauft und zurückmietet. Der Investor mache das, weil er für diese Auslands-Investition vom US-Staat einen erheblichen Steuervorteil bekomme, davon gebe er der Stadt einen kleinen Teil ab. Das sei leicht verdientes Geld, mit dem die verschuldeten Städte ihre Haushalte aufbessern könnten. An den Betreiberpflichten der Stadt ändere sich nichts, der Investor wolle nicht eingreifen, er sei nur an der Finanztransaktion und am Steuervorteil interessiert. Außerdem dauere das Vertragsverhältnis nicht 100 Jahre, sondern nach 30 Jahren gebe es eine Kündigungsoption. Es gebe kein Risiko bzw. eventuelle Risiken seien „beherrschbar“, so hieß es.



Abbildung: Köln (Quelle: Wikipedia)

Dutzende Städte in Deutschland und Westeuropa haben solche Transaktionen gemacht. Erst nach langen Recherchen kam ich dahinter, um was es eigentlich ging. Alle Medien wie der [Spiegel](#), die [Süddeutsche Zeitung](#) und die öffentlich-rechtlichen Sender, also auch diejenigen, die als „kritisch“ gelten und ungleich mehr Recherchemöglichkeiten haben als ich, glaubten jahrelang den Erklärungen der Stadtverwaltungen. In Wirklichkeit geht es bei Cross Border Leasing um folgendes: Der „Investor“ ist eine US-Bank oder die Finanztochter eines US-Energiekonzerns. Im Falle der Kölner Kanalisation war es die [First Union Bank](#) in North Carolina. Um den größten Teil des Kaufpreises von 2 Mrd. DM aufzubringen, nahm sie bei zwei anderen Banken 30 Jahre lang laufende Kredite auf, z.B. bei der [Norddeutschen Landesbank](#). Die First Union Bank zahlte die 2 Mrd. DM in eine außerbilanzielle Zweckgesellschaft in der Finanzoase Delaware ein, die war der eigentliche Vertragspartner der Stadt Köln. Diese Briefkastenfirma, die von einer Treuhänderfirma in Wilmington/Delaware verwaltet wird, zahlte die 2 Mrd. \$ nicht an den Verkäufer, die Stadt Köln, aus; die Stadt bekam nur 4 Prozent der Kaufsumme, also 80 Millionen DM, sofort am ersten Tag. Der „Rest“ von 1,920 Mrd. DM wurde sofort an drei weitere Banken zur 30jährigen treuhänderischen Verwaltung ausgezahlt, sie zahlen namens der Stadt 30 Jahre lang aus dem Betrag die Leasingraten an den „Investor“. So war es jedenfalls vereinbart.

„Die Banken schaffen sich gegenseitig Vorteilssysteme zu Lasten der Bürger“

Der langen Rede kurzer Sinn: Bei Cross Border Leasing ist der Steuervorteil der als „Investor“ auftretenden Bank nur ein Nebenaspekt. Das Wesentliche besteht darin, dass 6 Banken untereinander einen auf 30 Jahre angelegten Kapitalkreislauf organisieren. Jede Bank hat bei dieser Geldschöpfung einen Vorteil:

- Die Investorbank hat einen Steuervorteil,
- die beiden kreditgebenden Banken können 30 Jahre lang Zinsen kassieren,
- die drei Banken, die den Kaufpreis ausgezahlt bekommen, erhalten einen kostenlosen Kredit.

- Und für den Briefkastenverwalter fallen schöne Gebühren an,
- ebenso Honorare für die Anwälte, die die 2000-Seiten-Verträge verfassen,
- Honorare für die Wirtschaftsprüfer und die Ingenieurbüros, die den Wert der Kanalisation begutachten,
- Honorare für die Steuerberater,
- und dann noch erhebliche Honorare für die so genannten Arrangeure, die zwischen Stadt, Investor, Banken und Beratern vermittelt haben. In Köln war die Deutsche Bank der Arrangeur, die Anwälte kamen von Allen & Overy.

Auch das ist wesentlich bei den strukturierten Finanzprodukten: eine ganze Horde „renommierter“ Berater sichert ab, verleiht Seriosität und verdient mit. Arrangeure waren in Deutschland übrigens vor allem die Deutsche Bank, Daimler Chrysler Financial Services und die australischen Banken Macquarie und Babcock & Brown.

„Desinformation der Öffentlichkeit und absolute Geheimhaltung“

Und wir stoßen bei Cross Border Leasing auf weitere typische Merkmale neoliberaler Finanzpraktiken. Da ist erstens die Desinformation der Öffentlichkeit, verbunden mit absoluter, strafbewehrter Geheimhaltung. Die Verträge durften von den Abgeordneten und Stadträten nicht eingesehen werden. Da ist zweitens die Tatsache, dass keine Realinvestition stattfindet; der „Investor“ benutzt die Kanalisation nur als Vehikel für ein Finanzgeschäft, er investiert keinen einzigen Cent in sein Eigentum, die Kanalisation, vielmehr unterwirft er es einer 30jährigen Zwangsjacke, tiefgreifende technische Innovationen sind verboten, weil die ursprüngliche Struktur erhalten bleiben muss. Und da ist drittens noch ein Merkmal: die Staatshaftung. Die 4prozentige Auszahlung an die öffentliche Hand, „[Barwertvorteil](#)“ genannt, war in Wirklichkeit eine Versicherungsprämie. Dafür hat in unserem Fall die Stadt Köln die Garantie übernommen, dass der 30jährige Kapitalkreislauf nicht unterbrochen wird bzw. dass die Stadt mit neuen Sicherheiten einspringt, falls der Kreislauf zu stocken anfängt.



Interviewer: Bleiben wir bei diesem Beispiel CBL. Sie behaupten, durch das Mindestreservesystem ist CBL ein Tool, ein „virtuelles Finanzkarussell“ zu ermöglichen. Können Sie uns die Wirkungsweise, die Folgen sowie den Zusammenhang mit der derzeitigen Finanzkrise erklären? Vorab wäre eine Definition des „virtuellen Finanzkarussells“ wichtig.



Abbildung: Das Bankenviertel Frankfurt am Main von der Zeilgalerie aus gesehen (Quelle: Wikipedia)

Dr. Werner Rügemer: Hier gelten eben keine Vorschriften für [Mindestreserven](#). Sie werden durch die Interbankengeschäfte und ihre Auslagerung in außerbilanzielle Zweckgesellschaften umgangen, ausgehebelt. Und das „Finanzkarussell“ bzw. das „Karussellgeschäft“ macht nur den Anschein, virtuell zu sein. Es sieht erstmal tatsächlich so aus. Aber durch die Garantienstellung der öffentlichen Hand wird aus den virtuellen Forderungen eine reale Forderung an den Staat, falls eine der beteiligten Banken in Schwierigkeiten kommt. Genau das erleben wir jetzt in der sogenannten Finanzkrise und der Art und Weise, wie der Staat die Finanzakteure rettet. Das Finanzprodukt Cross Border Leasing brach deshalb zusammen, weil Gerichte in den USA im Jahre 2008 nach langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Finanzämtern und Investoren definitiv den Steuervorteil als gesetzwidrig beurteilt haben. Deswegen stiegen die Investoren aus den Verträgen aus. Die anderen beteiligten Banken hatten aufgrund der Staatshaftung den bequemen Ausweg, ihre Ausfälle zuerst bei den Städten und dann bei den staatlichen Rettungsmaßnahmen zu präsentieren.

Interviewer: Es gibt keine [Mindestreservesätze](#) bei diesen Geschäften?

Dr. Werner Rügemer: Durch die außerbilanziellen Interbankengeschäfte wird die traditionelle Mindestreservenregelung ausgehebelt. Dies ist materiell-rechtlich nicht ungesetzlich, weil die Staaten das zugelassen haben und weil die Wirtschaftsprüfer, die ja in Eigenregie die Bilanzierungsregeln gestalten, dies abgesegnet haben.

Interviewer: Beschreiben Sie weitere Szenarien, wie das von Ihnen als „virtuelles Geldkarussell“ bezeichnete System den Normalbürger bedroht?

Dr. Werner Rügemer: Am bekanntesten sind die Hypothekenkredite, die von Banken betrügerisch an Millionen von US-Bürgern vergeben wurden. Es wurde mit Niedrigstzinsen gelockt, die aber nur für die Anfangsjahre galten. Es wurden keine Prüfungen gemacht, ob die Kreditnehmer auf Dauer zahlungsfähig sind. Es wurden auf die kreditfinanzierten Eigenheime und Appartements, mit Spekulation auf steigende Werte der Immobilien, neue Kredite vergeben. Die Banken haben gar nicht

darauf gesetzt, dass die Kredite wirklich in 20, 30 oder 40 Jahren regulär zurückgezahlt werden, sondern die Banken haben aus diesen Krediten ein Finanzprodukt gemacht und möglichst schnell an weitere Banken weiterverkauft. Es war klar, dass dieses spekulative Schnellballsystem irgendwann zusammenbrechen muss, wie jedes Schneeballsystem. Die Folgen sind dreierlei: auf die zahlungsunfähigen Kreditnehmer kommen Zwangsvollstreckungen und Armut zu; der Staat springt in vielen Fällen ein und übernimmt mit Steuergeldern einen Teil der Zahlungen an die Banken und verschuldet sich damit noch weiter; einzelne Banken gehen pleite.

„Die Banken blähen die Geldmenge völlig unkontrolliert auf und erzeugen regelmäßige Krisen“

Interviewer: Sie sagten, die Banken würden mittels dieses Systems untereinander Geschäfte machen, die staatlich unkontrollierte [Geldmenge](#) extrem aufblähen. Beschreiben Sie bitte diese komplexe Thematik.

Dr. Werner Rügemer: Bleiben wir bei den soeben genannten Hypothekenkrediten. Wenn eine Bank z.B. 10.000 Einzelkredite zu einem Finanzprodukt bündelt und verbrieft, also an eine andere Bank weiterverkauft, dann nimmt diese zweite Bank bei einer dritten Bank Kredite auf, um das Bündel zu kaufen. Die zweite Bank verkauft aber das Bündel weiter an eine vierte Bank, die den Kaufpreis dadurch aufbringt, dass sie bei einer fünften Bank einen Kredit aufnimmt und so weiter und so fort. All dies geschieht über die genannten außerbilanziellen Zweckgesellschaften, die keiner bisherigen Kontrollinstanz unterliegen, weder der Zentralbank noch den Aufsichtsräten der Banken.

Interviewer: Welche Forderungen stellen die privaten Banken derzeit an die Regierungen der Welt und wie werden diese erfüllt?

Dr. Werner Rügemer: Nachdem die Schnellballsysteme wie im Fall von Cross Border Leasing und der Hypothekenkredite zusammengebrochen sind, entstehen den Finanzakteuren Ausfälle. Diese Ausfälle werden nun den Regierungen präsentiert, die an Stelle der nicht mehr zahlungsfähigen oder nicht mehr zahlungswilligen Vertragspartner einspringen und zahlen sollen. Wie und welche Forderungen genau und in welcher Höhe erfüllt werden – darüber wissen wir wenig, weil die Rettungsmaßnahmen unter höchster Geheimhaltung durchgeführt werden. Die Rettungsmaßnahmen werden durch die Betroffenen selbst durchgeführt. Die Brandstifter haben sich blitzschnell und sehr routiniert in Feuerwehrleute verwandelt, als hätten sie sich jahrelang darauf vorbereitet.

„Die Kontrollkommission des Bundestages bekommt geschwärzte Berichte über den Verbleib der Gelder“

Interviewer: Wie kann es geheim gehalten werden, wie die Steuergelder der Bürger ausgegeben werden? Wie können die Brandstifter sich in Feuerwehrleute verwandeln, sprich aus der privaten Bankenwirtschaft schnell in die Politik überwechseln?

Dr. Werner Rügemer: Zum Beispiel hat der Deutsche Bundestag nach kurzer Diskussion eine pauschale 480 Milliarden Euro-Ermächtigung beschlossen, um damit die Banken zu retten. Die Ausführung wurde einer ausgelagerten neuen Behörde (Soffin, Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) überlassen, die ohne zeitliche Begrenzung außerhalb des Bundeshaushalts die 480 Mrd. verteilen kann. Der Soffin braucht dazu keine öffentliche Rechenschaft zu geben. Wenn der Soffin seine Tätigkeit beendet, werden die Schulden, die er gemacht hat, einfach auf den Bundeshaushalt übertragen. Es gibt eine parlamentarische „Kontrollkommission“ mit 9 Bundestags-Abgeordneten, die aber zur Geheimhaltung verpflichtet sind; und selbst sie bekommen nur Berichte, die teilweise geschwärzt sind. Die Geheimhaltung ist aber, wie ich es schon beim Cross

Border Leasing geschildert habe, ein konstitutives Element der neoliberalen Ökonomie, das gilt auch bei Privatisierungen und PPP.



Interviewer: Welche Rolle spielt die „[Wall Street](#)“?

Dr. Werner Rügemer: Mit „[Wall Street](#)“ wird traditionell das US-Finanzzentrum in New York bezeichnet. Zur Wall Street gehören aber inzwischen auch die [Weltbank](#) und der [Weltwährungsfonds](#) in Washington und die ausgelagerten [offshore-Zentren](#) von US-Finanzakteuren wie Delaware, die Cayman Islands, die Bahamas usw. Zur Wall Street gehören inzwischen nicht nur Banken, sondern auch die einschlägige Beraterbranche wie die Wirtschaftskanzleien, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Ratingagenturen. Zur Wall Street muss man inzwischen auch die [City of London](#) zählen, denn durch die extremen Deregulierungen unter der Regierung von Margret Thatcher während der 80er Jahre in Großbritannien haben viele Firmen der Wall Street Dependancen in London errichtet.



Abbildung: Der Bulle im Bowling Green Park nahe der Wall Street (New York City) als Zeichen für „börslichen Optimismus“ (Quelle: Wikipedia)

So hat etwa der größte Versicherungskonzern der Welt, [American International Group](#) (AIG), einen großen Teil seiner krisenverursachenden Transaktionen über die Londoner Niederlassung abgewickelt. Mit dem eigentlich anachronistischen Begriff „Wall Street“ ist also das konzeptionelle und weltweit ausstrahlende Zentrum der neoliberalen Finanzwelt gemeint, das aus mehreren Orten mit vielen Mittägern besteht.

„Die staatlichen Hilfen gegen die Krise gehen direkt an die Verursacher der Krise“

Interviewer: Wo landen die staatlichen Hilfen, die viele Millionen Menschen täglich hart erarbeitet und als Steuern abgeführt haben?

Dr. Werner Rügemer: Sie landen bei den Verursachern der Finanzkrise. Übrigens haben auch die Berater wieder viel zu tun. Sie haben z.B. den Städten zu Cross Border Leasing geraten und die Verträge verfasst, jetzt spielen auch sie Feuerwehr und beraten die Städte wieder. Kanzleien wie Freshfields und Linklaters, die die Verträge für Cross Border Leasing und andere krisenverursachende Produkte gemacht und sich auch als politisch Lobby betätigt haben, verdienen jetzt wieder Geld dafür, dass sie für die Bundesregierung die Gesetze zur Banken- und Unternehmensrettung entwerfen. Die Investmentbanken, die viel Geld bei Unternehmensfusionen verdient haben, verdienen jetzt wieder viel Geld, um die fusionierten Unternehmen bei Verkauf der vorher aufgekauften Unternehmen zu beraten.

Interviewer: Sind die Konsequenzen, die die Regierungen gezogen haben, genügend oder besteht die Gefahr, dass nach einer Schampause alles weitergeht wie zuvor?

Dr. Werner Rügemer: Die Konsequenzen der Regierungen sind vor allem falsch. Es müssten die Krisen verursachenden Praktiken verboten werden. Das ist aber nicht der Fall. Deswegen machen die Finanzakteure mit Verbriefungen, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten usw. inzwischen schon wieder weiter als wäre nichts geschehen. Die Schamfrist ist schon vorbei, auch bei den Auszahlungen der Boni.

Interviewer: Sie sagten, die schlimmsten Pleitebanken sind z.B. die [AIG](#), die [IKB](#) oder die [HRE](#). Sie haben bereits beschrieben, dass sowohl in der Regierung als auch in den Zentralbanken meist genau die Sorte Manager am Werk ist, welche auch eben in diesen Pleitebanken im Vorstand sitzen. Ist diese Vermischung nicht äußerst skandalös? Können Sie Namen nennen? Analysieren Sie dieses Problem ruhig von Grund auf.

Dr. Werner Rügemer: An der Spitze des [SoFFin](#) – Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung -, also der Behörde, die in Deutschland die vom Bundestag pauschal beschlossenen 480 Milliarden Euro zur Rettung der Banken verteilen soll, steht mit [Herrn Rehm](#) ein Banker, der zur Finanzkrise selbst beigetragen hat. Er war vor der Krise Chef der Norddeutschen Landesbank, die wie vorhin beschrieben z.B. stark im Cross Border Leasing engagiert war. Der Staatssekretär im deutschen Finanzministerium, [Asmussen](#), der ein besonders aggressiver Verfechter der Deregulierung war – er hat sich vehement für die Verbriefung eingesetzt -, ist heute im Namen der Bundesregierung weiter für das Rettungsmanagement zuständig. Aber auch in den großen Banken wie der Deutschen Bank, Commerzbank, bei den Versicherungskonzernen Allianz und Münchner Rück – um nur die größten Krisentreiber zu nennen – sind noch dieselben Vorstände und Aufsichtsräte in der „Verantwortung“ wie vor der Krise. Kein Wirtschaftsprüfer wurde ausgewechselt. Keine Ratingagentur wurde für falsche und Gefälligkeitseinstufungen gemäßregelt.

Interviewer: Nehmen wir das Beispiel [Hypo Real Estate](#) (HRE). In den Medien wird unglaublich viel darüber berichtet. Der Staat investiert Milliarden, nur wohin fließt dieses Geld? Wer sind die Gläubiger der HRE?

Dr. Werner Rügemer: Es herrscht Geheimhaltung. Nur zufällig wurde durch eine kurzfristige Undichtigkeit beim Untersuchungsausschuss des Bundestages ein Teil der Gläubigerliste der HRE bekannt: Bayerische Landesbank, Deutsche Bank, Commerzbank, DZ Bank, Allianz AG, Münchner Rück AG.

„Strenges Stillschweigen der Politik gegenüber den Bürgern“

Interviewer: Warum wird über die Gläubiger so gut wie nie berichtet?

Dr. Werner Rügemeier: Die Banken dringen auf absolute Geheimhaltung und die Regierungen als Mittäter spielen mit. Die Aktionäre der IKB hatten auf ihrer Hauptversammlung beschlossen, dass eine Sonderprüfung durchgeführt wird. Ein Sonderprüfer hat in einjähriger Arbeit einen Bericht erstellt. Die Deutsche Bank hat durchgesetzt, [dass der Bericht nicht veröffentlicht wird](#). Die Deutsche Bank hatte der IKB US-Hypotheken-Schrott verkauft und der IKB dafür auch noch die Kredite gegeben. Auch das kam nur ganz am Anfang der Finanzkrise zufällig heraus, sozusagen im ersten Schreck. Die großen, „wirtschaftsfreundlichen“ Medien berichten darüber nicht.

Interviewer: Es gibt doch Bankenaufsichten, z. B. die [BaFin](#). Wie kann es sein, dass solche Finanzprodukte legalisiert und zugelassen werden? Wurden sie vorher nicht oder unzureichend überprüft?

Dr. Werner Rügemeier: Die Bankenaufsichten sind historisch ein Ergebnis der Regulierung. Sie stammen aus einer Zeit, als die Regierungen noch der Meinung waren, dass die Staaten eine gewisse Kontrollpflicht haben. So ist z.B. die kompetenteste Bankenaufsicht der kapitalistischen Welt die [Security Exchange Commission](#) (SEC) in den USA. Sie war eine Konsequenz der US-Reformregierung Roosevelt nach der ersten Weltwirtschaftskrise. Vorher gab es keine Bankenaufsicht. 1931 war klar, dass Bilanzmanipulationen ein wesentlicher Grund für die Krise waren. Die SEC hat staatsanwaltliche Kompetenzen, kann Razzien veranstalten, Strafen verhängen, inzwischen allerdings eher theoretisch, weil sie seit Beginn der 90er Jahre unter der Präsidentschaft William Clintons – und einem Finanzminister von der Wall Street – und dann auch unter George W. Bush schrittweise entmachtet wurde, personell ausgedünnt wurde. Durch eine Reihe von Gesetzen – Zulassung von Hedgefonds und außerbilanziellen Transaktionen, Verbriefung usw. - wurden die Bank- und Finanzaufsichtsbehörden geschwächt, ausgehebelt. So auch die Bafin in Deutschland. Sie war allerdings von vornherein nicht so mächtig wie ehemals die SEC. Jetzt bei der Anhörung vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages zur HRE beklagte sich Bafin-Chef Sanio, er habe zwar über die Probleme der HRE frühzeitig Bescheid gewusst, habe aber laut Bafin-Gesetz nicht eingreifen dürfen.



Abbildung: Timothy Geithner, derzeitiger Finanzminister der USA und bisheriger Boss der Federal Reserve Bank New York (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: [Hank Paulsen](#), der ehemalige [Goldman Sachs](#) – Boss, wurde unter Bush Finanzminister. Werden Ihrer Meinung nach privatwirtschaftliche Interessen mit der Funktion als Vertreter des Volkes vermischt (nicht nur in den USA)? Wie beurteilen Sie den derzeitigen Finanzminister der USA, [Tim Geithner](#)? Ihm wird vorgeworfen, er würde den Staats-Etat für sinnlose Bankenrettungen missbrauchen.

Dr. Werner Rügemer: Geithner war zuvor Chef der [Federal Reserve Bank des Staates New York](#), also einer Filiale der US-Zentralbank, damit aber auch der wichtigsten Filiale am Standort der Wall Street. Da die Federal Reserve Bank (FED) den großen Privatbanken gehört, ist hier die Vermischung, ja die Identität von privaten Bankinteressen und Staatsinteressen unmittelbar gegeben. Die Bankenrettung Geithners ist nur für die Bevölkerung und den Staat sinnlos, aber sehr sinnvoll für die Banken.

„Private Bankiers kontrollieren die US-Zentralbank und damit den Dollar als Leitwährung der Welt“

Interviewer: Die FED gehört nicht dem Staat, sondern privaten Banken? Und diese haben Kontrolle über das Weltfinanzsystem, mittels der Leitwährung der Welt, des US-Dollars? Wie kann das sein? Welche privaten Banken sind das?

Dr. Werner Rügemer: Die FED gehört den großen US-Banken, also den bekannten Investmentbanken [Goldman Sachs](#), [Morgan Stanley](#), [J.P.Morgan](#), der [Citigroup](#) und so weiter.



Abbildung: Das „Eccles Building“, Hauptsitz des Federal Reserve in Washington D.C. (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: Was sagen Sie zu den [Bilderbergern](#), der [Trilateralen Kommission](#) und dem [Council on Foreign Relations](#)?

Dr. Werner Rügemer: Die wichtigen Banker, Politiker und Konzernchefs, die seit Ende des 2. Weltkriegs mit den Regulierungen und Reformen der Wirtschaft und der Banken (Bankenaufsicht, Kartellgesetze, Mitbestimmung, Arbeitsrecht, Mindestlöhne, Devisenkontrolle...) nicht einverstanden waren, haben sich frühzeitig in solchen Insiderzirkeln zusammengetan. In Deutschland ist z.B. noch die [Atlantikbrücke](#) zu nennen. Dort haben sie erstmal mehr oder weniger im Verborgenen sich selbst verständigt, neoliberale Ökonomen hinzugezogen, dann über Lobbyarbeit die Entwicklung eingeleitet, die zur immer hemmungsloseren Selbstbereicherung der Eliten und letztlich zur Krise geführt hat – wobei für sie das ja gar keine Krise ist, wie wir sehen, sondern eine zusätzliche Quelle der Selbstbereicherung.



*Bild: Hotel de Bilderberg in Oosterbeek, Holland. Treffpunkt der ersten Bilderberger – Konferenz
(Quelle: Wikipedia)*

Interviewer: Für unsere Volkswirtschaftler – welche neoliberalen Ökonomen sind das? Können Sie Namen nennen?

Dr. Werner Rügemer: Das sind die bekannten neoliberalen Starökonomien wie Milton Friedman aus dem Umkreis der Mont Pèlerin Society.

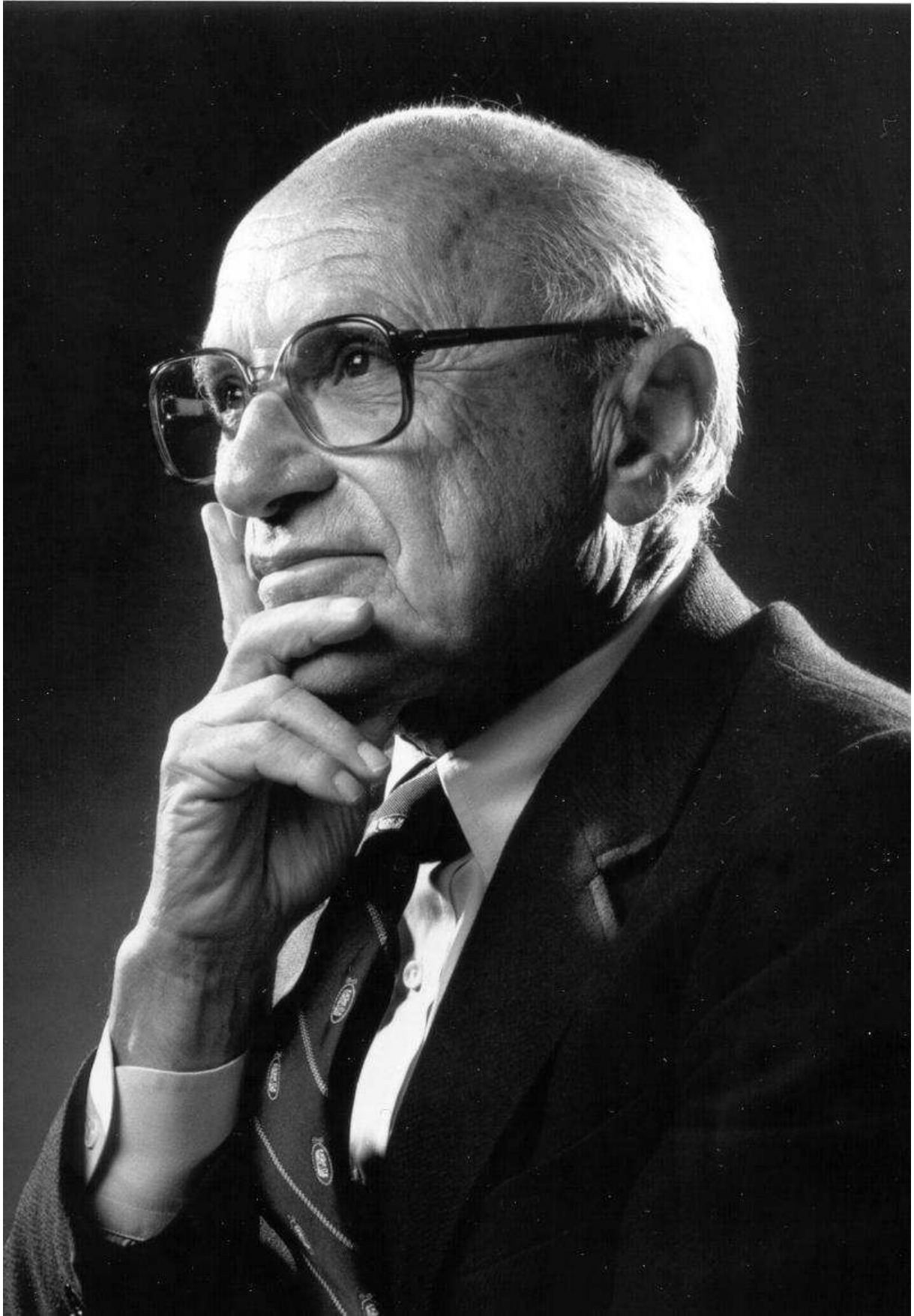


Bild: Milton Friedman (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: Wenn man sich die [Regierung Obama](#) ansieht, besteht sie zu einem Großteil aus Wallstreet-Funktionären, Mitgliedern der Trilateralen Kommission, dem Council on Foreign Relations oder der Bilderberger. Was halten Sie davon?

Dr. Werner Rügemer: [Obama](#) ist, wie der Kölner sagt, „en nette kää“, ein netter Kerl, ein netter Junge. Die meisten Spendengelder – nicht der Zahl nach, sondern der Summe nach – wurden wie bei den anderen Präsidentschaftskandidaten, auch der Republikaner, durch das in den USA übliche System aufgebracht: durch große Anwaltskanzleien, die als Sammelstellen in der Finanz- und Wirtschaftswelt fungieren. Ich kann aber nicht wirklich beurteilen, ob Obama mit seinen angekündigten Reformen etwa im Gesundheitssystem subjektiv weitergehen wollte als seine Wall Street Boys oder ob ihm die Grenzen, auf die er als gewählter Präsident stößt, auch etwa in Militär- und Sicherheitsfragen, von vornherein klar waren. Er bewirkt international an der Oberfläche einen gewissen Wandel des Politikstils. Entscheidend ist aber natürlich das Ergebnis.

„Obama brachte keinen „Change“ bei der Finanz- und Militärpolitik. Es geht weiter wie zuvor mit Bush“

Interviewer: Denken Sie, es gibt wesentliche Unterschiede zwischen den Regierungen Bush und Obama?

Dr. Werner Rügemer: Im äußerlichen Auftreten bestehen wichtige Unterschiede. Die Obama-Regierung gibt sich diplomatischer, sozialer. Dabei soll aber die weltweit führende Rolle der USA erhalten bleiben, das von Bush lädierte Image soll verbessert werden. Im harten Kern, bei der Finanz- und Militärpolitik sind bisher keine wesentlichen Unterschiede erkennbar. Obama übernahm die Wall Street-Boys, auch den Verteidigungsminister aus der Bush-Regierung, kein hoher General wurde entlassen, die Geheimdienste mit ihren Praktiken bleiben unangetastet.



Bild: US-Soldaten des 141. Infanterieregiments [4] in der Nähe von Bagram (Afghanistan) im Juni 2005 (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: In den Massenmedien wird „[Public Private Partnership](#)“ (PPP) immer stärker propagiert. Bitte erläutern Sie dieses Finanzprodukt. Kann es in der aktuellen Situation wirklich helfen?

Dr. Werner Rügemeier: PPP ist ein Finanzprodukt, das im Zusammenwirken der City of London und Tony Blair entwickelt wurde. Als Blair Mitte der 90er Jahre mit seiner auf neoliberal getrimmten Partei „New Labour“ Wahlkampf machte, war er mit den Ergebnissen der Brutalo-Privatisierungen der [Friedman](#)-Schülerin Margret Thatcher konfrontiert: die Eisenbahnen verunglückten, die Schienen und Signalanlagen waren marode, der Strom und das Wasser wurden teurer, die Wasserleitungen und Abwasserkanäle von London waren undicht, zahlreiche Bürger protestierten. Deshalb sagte Blair: Diese Privatisierung war falsch, wir verkaufen nichts mehr, wir machen Partnerschaft mit den Konzernen. Mit Beratern wie [Price Waterhouse Coopers](#) und [Ernst & Young](#) und mit Banken wie [Warburg](#), [Barclays](#) und [United Bank of Switzerland](#) wurde PPP aus der Taufe gehoben. Bei PPP vergibt die öffentliche Hand Aufträge an private Investoren, meist Baukonzerne, um Schulen bauen oder sanieren zu lassen, auch Krankenhäuser, Tunnels, Straßen, Gefängnisse, Freizeitanlagen, im Prinzip die gesamte öffentlich genutzte Infrastruktur. Die Investoren übernehmen aber alles, was zu einem „Rundum-Sorglos-Paket“ gehört: Planung, Bau/Sanierung, Betrieb und Finanzierung, und dies in der Regel für 30 Jahre, solange zahlt die öffentliche Hand eine Miete, am Ende kauft sie die Anlage zu einem vereinbarten Preis zurück. Die Begründungen sind im Wesentlichen zwei: Erstens kann und soll die öffentliche Hand wegen ihrer Überschuldung keine weiteren Kredite aufnehmen, zweitens machen Private sowieso alles besser. Ich haben in meinem Buch „['Heuschrecken' im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments](#)“ die etwa 700 PPP-Projekte in Großbritannien und dann im einzelnen ein Dutzend bereits angelaufener PPP-Projekte in Deutschland – Schulen, Tunnels, Messehallen, Straßen – analysiert: PPP ist am Ende mindestens doppelt so teuer und meist nur halb so gut wie wenn der Staat es selbst macht. Außerdem wird die Gestaltungsfähigkeit des Staates erheblich eingeschränkt. Wegen der Geheimhaltung der Verträge geht die Demokratie zuschanden.

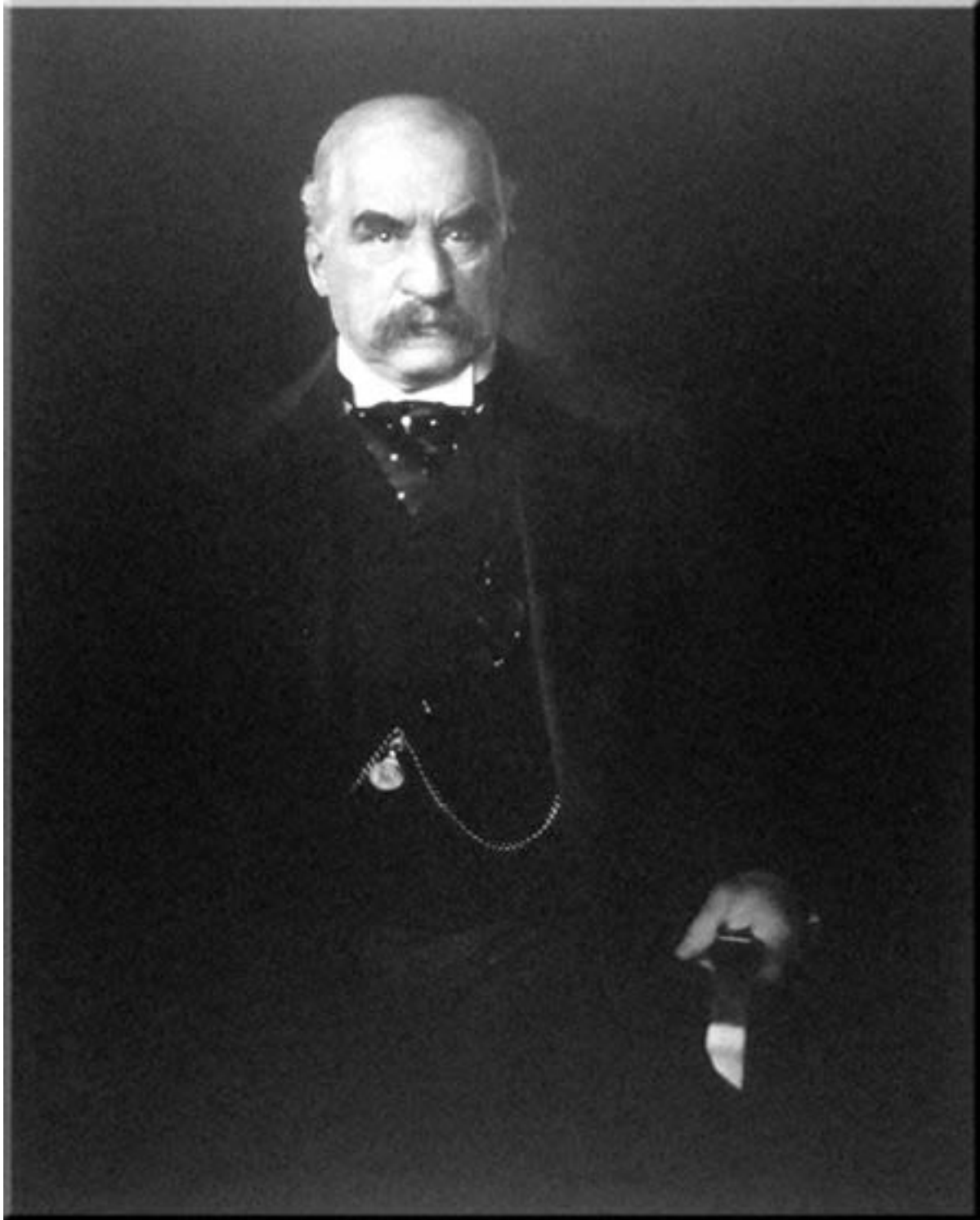


Abbildung: J.P. Morgan, einer der (immer noch inoffiziellen) Gründer der Federal Reserve Bank der USA. Die Konzeption der FED fand 1910 unter strengster Geheimhaltung auf Jekyll Island statt, die Realisierung der FED wurde im Jahre 1913 kurz vor Weihnachten, als der Großteil der zu verantwortenden Abgeordneten bereits im Weihnachtsurlaub war, durchgewunken. (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: Wie bringen Sie dies in Verbindung mit der Immobilienkrise, die die derzeitige Finanzkrise verursachte?

Dr. Werner Rügemer: Die Immobilienkrise hat die Finanzkrise nicht verursacht, sondern nur den Anfang gesetzt. Es war genau genommen auch gar nicht die Immobilienkrise, sondern es waren die

weiterverkauften Immobilienkredite. Und das war nur das erste von zahlreichen [Schnellballsystemen](#), die im Laufe von zwei Jahren zusammenbrachen. Nach dem Finanzprodukt „verbriefte Immobilienkredite“ brachen aus jeweils ganz anderen Gründen die Finanzprodukte Cross Border Leasing, Collateralized Debt Obligations usw. zusammen.

Bild:

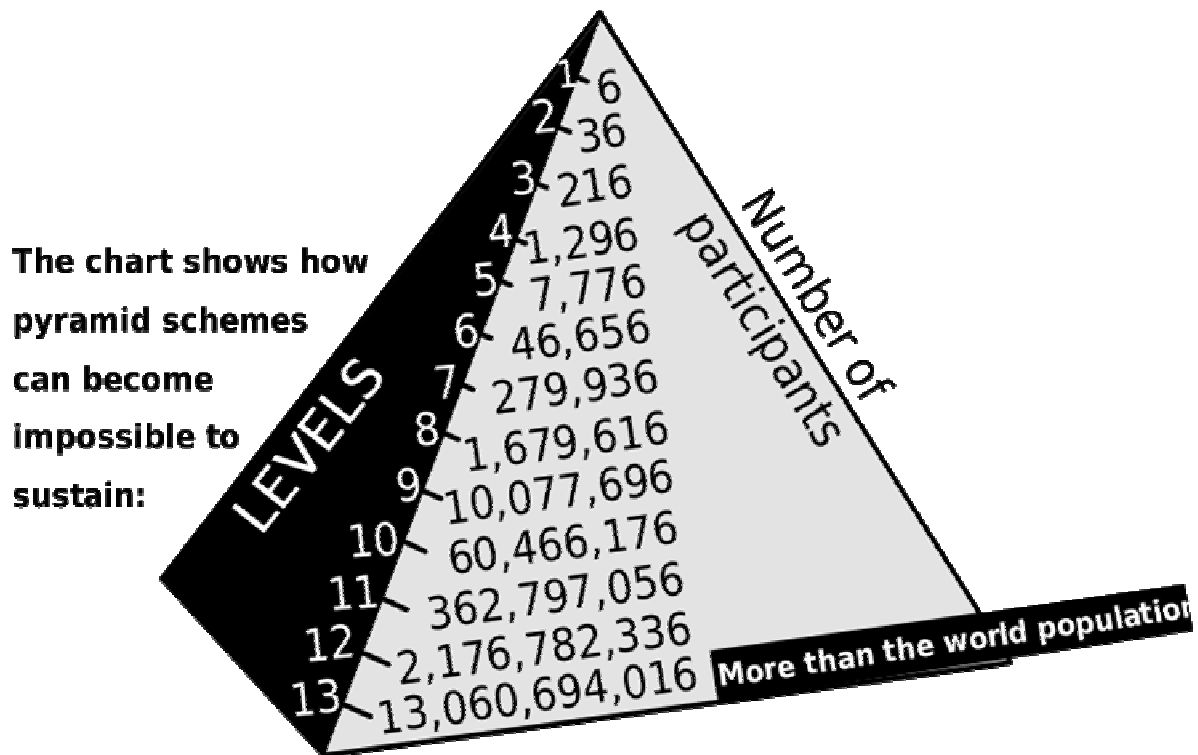


Bild: Beispiel eines Schneeballsystem (Quelle: Wikipedia)

Nur in dieser Kombination wurde die Finanzkrise verursacht. Auch die in der Regel 30 Jahre laufenden PPP-Verträge werden als strukturiertes Finanzprodukt weiterverkauft („[Forfaitierung mit Einredeverzicht](#)“), da steckt also ein weiteres Schnellballsystem, was dann zusammenbrechen kann, wenn in 10 oder 20 Jahren einzelne Städte oder staatliche Vertragspartner zahlungsunfähig werden. Das ist ja gar nicht so unwahrscheinlich, wenn man die erhebliche zusätzliche Staatsverschuldung nimmt, die jetzt und in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durch die gegenwärtige Form der Bankenrettung verursacht wird. Dabei wird klar, dass die „Finanzkrise“ ein langfristiger Prozess mit ungewissem Ausgang und weiteren Risiken ist.

„Die Finanzakteure haben über die Staatsschulden die Länder der Welt unter ihrer Kontrolle“

Interviewer: Denken Sie, komplette Staaten oder Staatenkonglomerate könnten nach dem Staatsbankrott in mittelferner Zukunft von Unternehmen „aufgekauft“ oder „übernommen“ werden? Inklusiv der Bürger?

Dr. Werner Rügemer: In gewisser Weise sind wir ja schon in dem Zustand, dass wegen der nicht mehr regulär rückzahlbaren Schulden gerade die größten Staaten von Banken abhängig sind. Der formelle Staats-Kauf wäre da eigentlich kein ganz neuer Schritt. Wie die gegenwärtige Bankenrettung zeigt, haben die Finanzakteure den Staat fest im Griff.

Interviewer: Wie definieren Sie das Wort „[Neoliberalismus](#)“?

Dr. Werner Rügemer: Zunächst: Neoliberalismus ist kein analytischer, wissenschaftlicher Begriff, sondern eine Selbstzuschreibung der Akteure. „Liberal“ klingt doch eher positiv, irgendwie nett, oder? Mir ist aber bisher kein geeigneter Begriff untergekommen, was auch ein Zeichen dafür ist, dass die kritische wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema seit Jahrzehnten nicht richtig in Gang gekommen ist. Wir sind immer noch in der Defensive, leider. Das möchte ich gerne ändern.



Abbildung: Alexander Rüstow prägte 1938 den Begriff Neoliberalismus (Quelle: Wikipedia)

Neoliberalismus ist ein Konzept, das verschiedene ideologische Formen annehmen kann. Auch der italienische Faschismus, der deutsche Nationalsozialismus, die chilenische Diktatur von General Pinochet waren Ausprägungen, genauso wie die Kapitaldemokratie, die von den USA ausgehend heute in der „westlichen Wertegemeinschaft“ dominiert.

Der gleich bleibende Kern ist folgender: Die Kapitaleseite wird im Extremfall bis zur politischen und wirtschaftlichen Diktatur gestärkt, die Seite der Arbeit wird geschwächt bis zur Ohnmacht, bis zur Betäubung. Dabei übernehmen die Finanzakteure die Führung im Bereich des Privateigentums und erhalten alle Bewegungsfreiheiten, auch solche Freiheiten, die bisherigen staatlichen Regulierungen widersprechen. Dabei halten sich die Finanzakteure nicht unbedingt an die neuen Gesetze, die ihnen so viele Freiheiten verschaffen, sondern übertreten in der Tendenz jedes Gesetz, jedes Menschenrecht und jede zwischenmenschliche Konvention, die ihnen in die Quere kommen.

Die meisten kritischen Stimmen identifizieren den Neoliberalismus vor allem mit der Deregulierung der Finanzmärkte. Diese Analyse halte ich für unvollständig. Genauso wichtig erscheint mir die Deregulierung des [Arbeits-](#) und [Sozialrechts](#). Nach [Milton Friedman](#), dem wissenschaftlichen Guru der Neoliberalen, führt der klassische Sozialstaat zum Verfall der Moral und zur Faulheit der Transferempfänger. Auch der von Gewerkschaften ausgehandelte [Tariflohn](#), der [Kündigungsschutz](#), der [Mindestlohn](#) u.ä. haben für die Neoliberalen solche Folgen für die Beschäftigten. Deshalb werden im Neoliberalismus die Arbeitslosen gnadenlos kontrolliert, ausgeforscht, bestraft, auf eine Hungerexistenz gesetzt. Aus denselben Gründen werden die (Noch-)Beschäftigten finanziell, moralisch, rechtlich herabgesetzt, entwürdigt. Der Tagelöhner-Status ist das neoliberale Idealbild für

die Arbeitskraft. Dies hat zur Verarmung breiter Schichten beigetragen, aber auch zur Aushöhlung der Demokratie. In dem Sammelband „[ArbeitsUnrecht](#)“, das im November 2009 erscheint, habe ich zusammen mit 20 weiteren Autoren die Deregulierung des Arbeits- und Sozialrechts zum ersten Mal systematisch dargestellt.

Wir kommen hier außerdem zu einer weiteren, oft nicht genau beachteten Ursache der Finanzkrise. Übrigens könnte man sowieso sagen: Die jetzige Finanzkrise ist eine Krise der Reichen. Die Armen hatten schon länger eine Finanzkrise: Stagnation und Absenkung der Arbeits- und Sozialeinkommen seit Beginn der 90er Jahre, wachsende Armut, wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Leistungen der Staaten für die weniger Vermögenden z.B. im Bildungs- und Kulturbereich.

Weil der Neoliberalismus von den abhängig Beschäftigten immer mehr Leistung fordert, dafür aber immer weniger bezahlt, wurde der Konsum notwendigerweise immer mehr durch Kredite aufrechterhalten.

„Die Menschen werden für ihre Arbeit immer weniger bezahlt, sollen dabei aber für den Konsum immer mehr ausgeben“

Neoliberale Wirtschaft spaltet die Menschen auf in zwei ganz gegensätzliche Rollen: Als Arbeitende werden sie abgewertet, als Konsumenten werden sie aufgewertet. Sie bekommen für die Arbeit immer weniger bezahlt, sollen aber für den Konsum immer mehr ausgeben. Das betrifft nicht nur den Kauf von Wohnungen, sondern auch Alltagsgeräte wie Fernseher, Autos, Urlaub. Um den bisherigen Lebensstandard zu halten und sich die neuen Produkte leisten zu können, haben sich Millionen Haushalte „ganz normal“ überschuldet. Es war und ist nur eine Frage des Zeitpunkts, wann auch dieses Kartenhaus zusammenbricht, aufgeteilt auf Millionen einzelne Zusammenbrüche. Übrigens wurden von den Banken auch Kredite für Kühlschränke usw. zu einem Finanzprodukt gemacht, verbrieft, weiterverkauft.

Interviewer: Wie würden Sie eine Gegenbewegung designen?

Dr. Werner Rügemer: An dieser Frage laborieren viele Individuen und Gruppen, mehr als bisher öffentlich sichtbar wird. Mir scheint es wichtig, eine Bestandsaufnahme bzw. viele verschiedene Bestandsaufnahmen zu machen, die erstens verallgemeinern, die aber zweitens sich viel genauer mit einzelnen Mechanismen beschäftigen als bisher. Bisherige allgemeine Kritiken der „Globalisierung“, des „Marktradikalismus“ u.ä. scheinen mir nicht hilfreich. Solche Bestandsaufnahmen sollten auch öffentlich vorgenommen werden, auf öffentlichen Plätzen, in öffentlich wichtigen Gebäuden, unter Einbeziehung vieler Betroffener, die sich in einfacher Sprache äußern können. Unternehmen und Einrichtungen, die eigentlich der Demokratie gewidmet sind, müssen wieder angeeignet, demonstrativ in öffentlichen Besitz genommen werden. Die Geheimhaltung muss aufgebrochen werden. [Geheimnisverrat](#) ist [Bürgerpflicht](#), etwa gerade für Mitarbeiter der Banken, denen staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Am meisten und schnellsten lernen Menschen in der Aktion, im Konflikt, wenn sie sich auf ihre eigenen Interessen besinnen.

„Geheimnisverrat ist Bürgerpflicht, etwa für Mitarbeiter von Pleitebanken“

Interviewer: Sie behaupten, dass der [Lobbyismus](#) ein wichtiger Bestandteil des Systems ist, die Bevölkerung der Welt zu enteignen. Können Sie diese Funktionsweise beschreiben?

Dr. Werner Rügemer: Neben dem Lobbyismus sind noch die Berater wichtig. Der heutige, neoliberal geprägte Lobbyismus funktioniert anders als der traditionelle Lobbyismus, der in Deutschland etwa durch Organisationen wie den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), die Handwerkskammern, die zahlreichen Branchen- und regionalen Unternehmer- und Bankenverbände repräsentiert war und natürlich immer noch ist. Der neoliberale Lobbyismus hat ein

ungeheuer großes Spektrum verschiedener Handlungsformen hervorgebracht: Repräsentanten einzelner Konzerne in Regierungsnähe, gekaufte Journalisten, Medienpreise, Spezialagenturen, getürkte Bürgerinitiativen usw. Der Einfachheit halber verweise ich auf die Organisation [lobbycontrol](#), die sich damit sehr genau und erfolgreich beschäftigt.

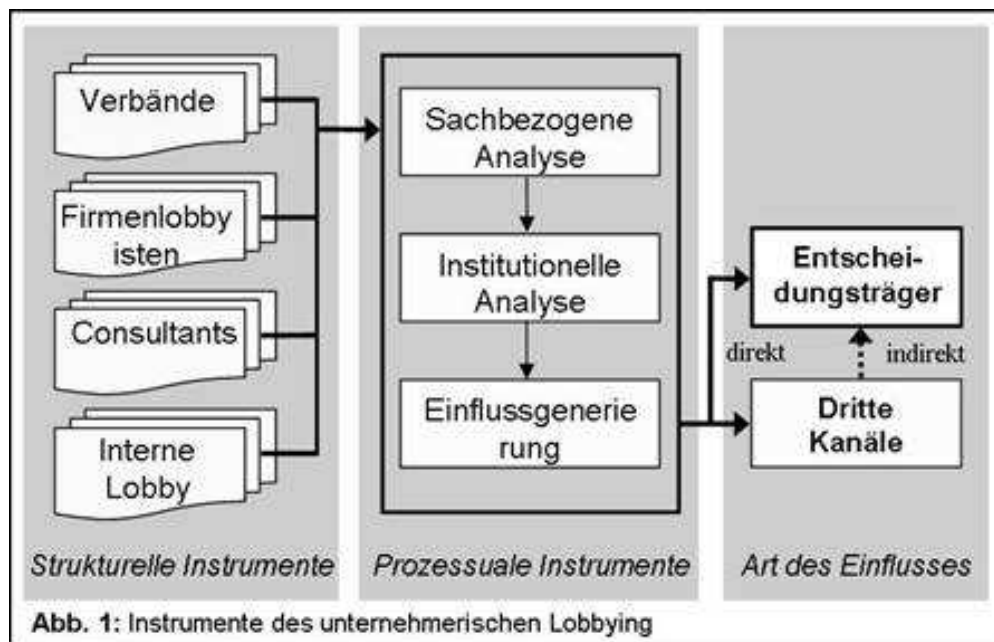


Abbildung: Schema des Lobbying-Prozesses (Quelle: Wikipedia)

Wichtige Akteure sind die Berater. Ich nenne sie die zivile Privatarmee des Neoliberalismus. Das sind die mehreren hunderttausend, akademisch meist hochqualifizierten Mitarbeiter und Partner der Unternehmensberatungsunternehmen wie McKinsey, Boston Consulting Group, Accenture, Bain Capital usw., der Wirtschaftsprüfungsunternehmen wie KPMG, Price Waterhouse Coopers, Ernst & Young und Deloitte Touche Komatsu, der großen law firms wie Freshfields, White & Case, Clifford Chance, Shearman & Sterling, Allen & Overy, Linklaters usw. Sie sind bei Privatisierungen, strukturierten Finanzprodukten, Mergers & Acquisitions, Derivaten dabei, vor und nach der Krise. So macht etwa die Kanzlei Freshfields, die bei krisenverursachenden Finanzpraktiken vorne dabei war, jetzt im Auftrag der deutschen Bundesregierungen die Gesetzentwürfe für die Bankenrettung, für den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und für die „Verstaatlichung“ der [Hypo Real Estate](#) (HRE).

„Die Medien wie z.B. der Spiegel verschleiern die Wahrheit und sind vollkommen intransparent“

Interviewer: Sie behaupten, der „Spiegel“ würde von den Bürgern lediglich nostalgisch noch als „kritisch“ empfunden. Was genau hindert auch die anderen als kritisch geltenden Medien daran, etwa die „Zeit“, die „Süddeutsche Zeitung“ und ähnliche, die wahren Verhältnisse offenzulegen?

Dr. Werner Rügemer: Auch diese Medien, die eigentlich die Aufgabe haben, Transparenz herzustellen und die Öffentlichkeit aufzuklären, sind vollkommen intransparent. Gerade durch ihren Erfolg als kritische Medien, die viel mit dem [Aufbruch 1968](#) ff. zu tun hatten, wurden sie für Renditejäger interessant. Allgemein kann man feststellen, dass auch die als kritisch geltenden Medien im Eigentum von Investoren sind, die möglichst hohe Gewinne herausholen wollen und ihre Unternehmen ebenfalls nach neoliberalen Prinzipien zurichten, mit hoch bezahlten Führungskräften und einem Heer schlecht bezahlter Schreibsklaven, die textliches Rohmaterial liefern, das von den hauptamtlichen Redakteuren weiterbearbeitet wird. Journalisten verdienen ihr Brot immer häufiger als hauptamtliche PR-Agenten, manche Journalisten sind gleichzeitig als „unabhängige“ Journalisten tätig und nebenbei arbeiten sie als PR-Agenten für Unternehmen.



Abbildung: Gebäude der Spiegel-Gruppe in Hamburg. Links das 1969 gebaute Redaktionsgebäude, rechts das 1996 von IBM übernommene sogenannte Verlagsgebäude (Quelle: Wikipedia)

Die Unternehmen, private wie staatliche, haben ihre Medienabteilungen zu hoch angesiedelten Stabsstellen ausgebaut und produzieren selbst professionelle Texte, Videos, Fotos, Filme, Dokumentationen, beliefern andere Medien. Konzerne beauftragen Journalisten, die in Medien angestellt sind, mit Gutachten, Moderationen und der Gestaltung von Events. In keinem großen deutschen Medium, auch nicht etwa in den öffentlich-rechtlichen Sendern, wird veröffentlicht, welche Redakteure welche Aktien und Unternehmensbeteiligungen haben und welche Firmen sie nebenbei betreiben. Außerdem bestehen Printmedien heute zum großen Teil aus den vorgefertigten, kaum abgewandelten Informationen aus weltweit tätigen Presseagenturen, die selbst auch mediale global player sind. Gerade in Umbruchszeiten und unter der Bedingung allgemeiner Geheimhaltung und

Desinformation spielen Medien eine unglaublich wichtige Rolle, und gerade deshalb können sie zu höchst lukrativen und zugleich systemsichernden Akteuren werden.

Interviewer: Welche Erfahrungen haben Sie im Medienbereich selbst gemacht?

Dr. Werner Rügemer: Ich möchte nur auf eine neuere Entwicklung eingehen. 2006 habe ich das Buch „Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim“ veröffentlicht, und zwar im kleinen Frankfurter Nomen-Verlag. Ich habe darin einige Praktiken der größten Privatbank Europas, Sal. Oppenheim, dargestellt, die bis dahin noch nicht veröffentlicht wurden. Die Bank hat seitdem über zwei Dutzend juristische Verfahren gegen mich, gegen den Verlag und gegen andere, die sich dazu öffentlich geäußert haben, in Gang gesetzt. Gegenwärtig erscheint das Buch immer noch in der 2. geschwärzten Auflage. Das bedeutet: Selbst die kleinsten Regungen der Wahrheit werden heute gnadenlos, minutiös und mit großen Aufwand verfolgt. Nachdem in mehreren Gerichtsverhandlungen eine Reihe der Schwärzungen aufgehoben wurde, habe ich gegen den Bankchef Matthias Graf von Krockow Strafanzeige wegen falscher eidesstattlicher Versicherung gestellt. Denn die Schwärzungen beruhten auf seiner eidesstattlichen Versicherung, die im Falle der Unwahrheit unter hoher Strafdrohung steht. Aber allein schon gegen den kurzen Bericht, dass diese Strafanzeige erstattet worden ist, hat die Bank sofort eine Einstweilige Verfügung, also ein Veröffentlichungsverbot erwirkt, und zwar mit der Begründung, für die Nachricht bestehe kein öffentliches Interesse. Wohlgemerkt: die Tatsache der Strafanzeige konnte ja nicht bestritten werden, und inhaltlich konnte ebenfalls nichts bemängelt werden. Andererseits kann man sagen: Wie nervös müssen diese Leute sein, wie unsicher müssen sie sich auf ihren so sicheren Stühlchen fühlen, wenn sie auf gerichtlichem Wege solche einfachen Tatsachen aus der Welt schaffen wollen.

Interviewer: Gibt es überhaupt Medien, welche Sie empfehlen würden (gerne mit link)?

Dr. Werner Rügemer: Vor einigen Jahren habe ich die neue online-Zeitung "Neue Rheinische Zeitung" mitbegründet, www.nrhz.de. Häufig schreibe ich in der Berliner Tageszeitung Junge Welt, manchmal in der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik. Auf meiner Website besteht ein aktueller Dauer-Link (RSS) zu www.nachdenkseiten.de.

„Geheimdienste sind die ausgebufftesten Produzenten von Kriegsvorwänden“

Interviewer: Was halten Sie von Theorien, der 11. September sei als Kriegsvorwand inszeniert worden? Und wer sollte in dem Fall Interesse daran haben?



Abbildung: Offizielle Absturzstelle des Flugzeugabsturzes der „United Airlines Flight 93“ nahe Shanksville, Pennsylvania, 11. September 2001.

Dr. Werner Rügemeier: Ich habe mich mit den Hintergründen des 11. September nicht beschäftigt. Es ist allerdings eine banale historische Tatsache, dass US-Geheimdienste, das US-Militär und US-Regierungen zu den ausgebufftesten Produzenten von Kriegsvorwänden gehören, im zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit dem 11. September sind natürlich vor allem die Vorwände zu nennen, die für die Kriege im Irak und in Afghanistan produziert wurden. Es ist aber doch letztlich egal, mit welchem Vorwand oder welcher Begründung ein verbrecherischer Krieg geführt wird?



Abbildung: Von einem US-Zerstörer im Mittelmeer wird eine Cruise-Missile auf irakische Stellungen abgefeuert (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: Auf unserem Planeten besitzen weniger als 1% der Menschen mehr als 40% des Reichtums - Tendenz: steigend. 20%, also die „[Westliche Welt](#)“, verbraucht mehr als 80% der Ressourcen. In der westlichen Welt werden Nahrungsmittel vernichtet, die die hungernde Bevölkerung der Länder in der [Dritten Welt](#) dringend benötigen würde. Wie sehen Sie den Zusammenhang zum globalen Finanzsystem?

Dr. Werner Rügemer: Die Finanzakteure sind entscheidende Akteure bei der Ungleichverteilung des geschaffenen Reichtums und bei der Verschwendung, Vernichtung und Verteuerung von Ressourcen. Denken Sie nur an die spekulative Verteuerung von Grundnahrungsmitteln wie Reis und Getreide.

„Es muss ein neues Finanzsystem geschaffen werden, das die gerechte Verteilung des geschaffenen Reichtums ermöglicht“

Interviewer: Wir haben nun abgehandelt, was passiert ist und immer noch passiert. Welche Lösungsvorschläge haben Sie? Sie sprachen von „Good Banks“, den „Biobanken“ der Welt. Was hat es damit auf sich?

Dr. Werner Rügemer: Die notwendige Antwort auf die Finanzkrise ist folgende: die krisenverursachenden Finanzpraktiken, die finanzgetriebenen Unternehmensverkäufe und Privatisierungen sowie die geschilderten Interbankengeschäfte müssen verboten werden. Die staatlichen Gelder und Garantien müssen dafür aufgewandt werden, um ein Finanzsystem zu schaffen, das die gerechte Verteilung des geschaffenen Reichtums befördert, das der Volkswirtschaft und der direkten Schaffung von Produkten und Dienstleistungen dient. Statt die Garantien für die Wiederbelebung der „Toxischen Papiere“ des gescheiterten alten Systems in neu gegründeten Bad Banks zu übernehmen, sollte der Staat dazu beitragen, ein System von Good Banks zu entwickeln.

Interviewer: Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass trotz der Krise partei- und nationenübergreifend nur über die Rettung des Systems diskutiert wird? Warum gibt es keine visionären Ideen, die Krise als Chance für Veränderungen zu begreifen?

Dr. Werner Rügemer: Es gibt viel mehr alternative Visionen und Vorschläge als öffentlich bekannt wird. Deshalb gehört zur Entwicklung einer Alternative auch der Aufbau neuer Medien und Netzwerke.

Interviewer: Warum sind Sie nicht mehr Vorsitzender von „[Business Crime Control](#)“?

Dr. Werner Rügemer: 2007 wurde ich auf Vorschlag des langjährigen Vorsitzenden gewählt. Ich hatte angekündigt, dass mein Hauptprojekt in der ersten Zeit die Beschäftigung mit dem Thema „Arbeits-Unrecht“ sein wird und dass ich dazu eine Konferenz organisieren möchte. Die Konferenz wurde dann aber vom vorherigen Vorsitzenden massiv und intrigant behindert, der Rest des Vorstands und die Mitglieder schauten nur zu, ich war zunächst völlig perplex. Die Konferenz fand im März 2009 statt, die Ergebnisse werden, wie schon erwähnt, im Herbst in einem Sammelband mit demselben Titel veröffentlicht, die Kampagne gegen verschiedene Formen des Arbeits-Unrechts soll weitergehen. Das hat in der Organisation BCC aber zu so vielen Reibereien geführt, dass ich mir das nicht mehr antun wollte. Außerdem wurde auch mein zweiter Vorschlag, ein Banken-Tribunal durchzuführen, nicht aufgegriffen. Das Banken-Tribunal wird nun in einem anderen Zusammenhang durchgeführt. So ist das eben: Die gegenwärtige Krise ist so tiefgehend, dass auch ursprünglich gute Organisationen es nicht schaffen, eine angemessene Antwort zu finden.



Abbildung: Dr. Werner Rügemer (Quelle: Gulli)

Interviewer: Sie möchten sich vernetzen, um gegen die Missstände zu kämpfen. Können Sie beschreiben, mit wem Sie dies tun möchten?

Dr. Werner Rügemer: Die Kampagne gegen Arbeits-Unrecht wird mit Rechtsanwälten, Betriebsräten, Journalisten, Gewerkschaftsgruppierungen, Basisinitiativen usw. durchgeführt. Die Organisation attac hat jetzt beschlossen, ein Banken-Tribunal auf sich zu nehmen; ich hoffe, dass wir dafür auch über attac hinaus viele Mitmacher, Unterstützer, auch [whistleblower](#) finden. Wir müssen die Geheimhaltung aufbrechen, die Legitimation der Bankenrettung erschüttern, das Geld sinnvollen Alternativen zuführen.

„Die Geheimhaltung muss aufgebrochen, die Legitimation der Bankenrettung erschüttert und das Geld sinnvollen Alternativen zugeführt werden“

Interviewer: Sicherlich gibt es Kritiker, die Sie und Ihre Meinung bekämpfen. Können Sie Namen nennen und mit welchen Methoden Ihre Kritiker vorgehen?

Dr. Werner Rügemer: Die [Bank Oppenheim](#) habe ich schon genannt. Sie hat sich bei vielen Projekten verspekuliert, etwa als Hauptaktionär der Kaufhauskette Karstadt, bei vielen, auch kommunalen Immobilienprojekten, beim Derivatehandel, beim Kauf und Verkauf mittelständischer Unternehmen. Ihre Praktiken hatte ich schon in meinem Buch 2006 offengelegt. Weil die Bundeskanzlerin, für deren Wahlkampf 2005 übrigens die Bank Oppenheim der größte Einzelspender war, es sich nicht leisten konnte, diese Bank der Superreichen (sie nimmt nur Kunden auf, die ab 5 Millionen Euro flüssig haben) durch Staatshilfe zu retten, hat die Deutsche Bank die Gelegenheit ergriffen und kauft sich das teure Schnäppchen. Ich fürchte, da wird mein Lieblingsgegner noch mächtiger.

Weil ich in meinem Buch „Colonia Corrupta“, das 2002 erschienen ist, den Kölner Klüngel aufgespießt habe – in dem die Kölner Bank Oppenheim natürlich eine zentrale Rolle spielt -, wurde das Buch aus allen großen Buchhandlungen verbannt, bekam ich Auftrittsverbote in den Kölner Museen und im Stadtarchiv, bin ich in den drei großen Kölner Tageszeitungen – die natürlich alle demselben Verlag des Kölner Stadt-Anzeigers gehören – eine Unperson, deren Namen nicht genannt wird. Das Buch wie alle meine Bücher werden in diesen Zeitungen nicht mit einer Silbe erwähnt.



Abbildung: Salomon Oppenheim junior, Gründer der Bank Sal. Oppenheim (Quelle: Wikipedia)

Interviewer: Haben wir nun vergessen, Sie etwas zu fragen, was Sie unbedingt noch mitteilen möchten?

Dr. Werner Rügemer: Ich nenne einfach einen Umstand, der mich trotzdem freut und der in seiner Ambivalenz wohl auch für unsere gegenwärtige Situation aufschlussreich ist: Obwohl ich in Köln offiziell nicht existiere, ist inzwischen auch die 5. Auflage von „Colonia Corrupta“ erschienen und vollständig vergriffen. Und weil die Nachfrage jetzt noch zugenommen hat, hat mir der Verlag – der natürlich seinen Sitz nicht in Köln hat, sondern in Münster – die Möglichkeit gegeben, eine erweiterte 6. Auflage zu veröffentlichen. Daran arbeite ich gerade.

Interviewer: Vielen Dank für dieses Interview.

Mitwirkende an diesem Interview: Dr. Werner Rügemer (Köln), Jürgen Bloehs (München / Hamburg) und der Interviewer (Düsseldorf) im Dezember 2009

Übersetzt von Daniel Neun von [Radio Utopie](#), Berlin